

## Öffentliche Niederschrift

---

### Sitzung des Stadtrates

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Dienstag, 21.09.2021
<b>Sitzungsbeginn:</b>	17:30 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	19:22 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Stadthalle Merzig, Großer Saal, Zur Stadthalle 4, 66663 Merzig

---

### Tagesordnung

#### Öffentlicher Teil

Eröffnung der Sitzung

- |   |   |              |
|---|---|--------------|
| 1 | Verpflichtung eines neuen Stadtratsmitglieds  | 2021/986-001 |
| 2 | Einwohnerfragestunde  |              |
| 3 | Benennung von jeweils einem Mitglied für Ausschüsse, Aufsichtsräte und den Zuwanderungs- und Migrationsbeirat durch die CDU-Stadtratsfraktion | 2021/987-001 |
| 4 | Verhängung eines Ordnungsgeldes wegen wiederholter, unentschuldigter Nichtteilnahme an Sitzungen  | 2021/36      |
| 5 | Wirtschaftsplan 2021 des Zweckverbandes eGo-Saar  | 2021/66      |
| 6 | Streetwork  | 2021/63      |

7	Erweiterung der bestehenden Parksituation um 36 PKW-, 7 Fahrrad- und 1 Behindertenparkplätze am „Wolfspark Werner Freund“ in der Kernstadt Merzig	2021/98
8	Abschluss eines Durchführungsvertrags im Stadtteils Menningen	2021/1154
9	Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Mehrgenerationenwohnen Saarfelser Strasse" im Stadtteil Menningen; Satzungsbeschluss gem. § 10 Abs. 1 BauGB	2021/1136
10	Vorhabenbezogener Bebauungsplan mit Vorhaben- und Erschließungsplan "Lidl-Filiale, Rieffstraße" in der Kreisstadt Merzig, Stadtteil Merzig; Öffentliche Auslegung und Beteiligung der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange	2021/85
11	Abschluss eines Durchführungsvertrags im Stadtteil Hilbringen	2021/1152
12	Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Im Hirtengarten" im Stadtteil Hilbringen der Kreisstadt Merzig; Satzungsbeschluss gem. § 10 Abs. 1 BauGB	2021/96
13	Abschluss eines Erschließungsvertrags im Stadtteil Hilbringen	2021/32
14	Verlagerungen von Wirtschaftsplanmitteln zugunsten des Ansatzes "Sanierung Kanal Zum Gipsberg" (SK 072470)	2021/990
15	Die Voraussetzungen für eine Tiny-House Siedlung schaffen; Antrag B'90/Die Grünen vom 10.05.2021	2021/976
15.1	Sachdarstellung: Die Voraussetzungen für eine Tiny-House Siedlung schaffen; Antrag B'90/Die Grünen vom 10.05.2021	2021/976-001

- |    |  |           |
|----|--|-----------|
| 16 | Planungen in Überschwemmungsgebieten; Antrag B90/Die Grünen vom 10.08.2021   | 2021/1167 |
| 17 | Brennholzspende für das Flutgebiet; Antrag B'90/Die Grünen vom 16.09.2021  | 2021/1177 |
| 18 | Bestellung der Kommunalen Frauenbeauftragten nach § 79 a Kommunalselbstverwaltungsgesetz und der Frauenbeauftragten nach § 21 Landesgleichstellungsgesetz                  | 2021/77   |
| 19 | Schaffung einer zusätzlichen Stelle für eine/einen verantwortliche/n Mitarbeiterin/Mitarbeiter für den Fachbereich Personalmanagement im Vorgriff auf den Stellenplan 2022 | 2021/80   |
| 20 | Schaffung einer zusätzlichen Stelle für eine/n Sachbearbeiterin/Sachbearbeiter für den Fachbereich Stadtkasse im Vorgriff auf den Stellenplan 2022                         | 2021/76   |
| 21 | Mitteilungen, Anfragen und Anregungen  |           |

# Protokoll

## Öffentlicher Teil

---

### Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass form- und fristgerecht geladen wurde. Das Gremium ist beschlussfähig versammelt.

Der Vorsitzende informiert vorab darüber, dass die Verwaltung die TOPs 22 und 23 im nicht-öffentlichen Teil von der Tagesordnung nehmen möchte. Dagegen werden keine Einwände erhoben.

---

### 1 Verpflichtung eines neuen Stadtratsmitglieds 2021/986-001

zur Kenntnis genommen

Herr Kerber wird gemäß § 33 Abs. 2 KSVG von Bürgermeister Hoffeld zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Ausübung seines Amtes und zur Verschwiegenheit verpflichtet.

---

### 2 Einwohnerfragestunde

Es liegen keine schriftlichen Anfragen vor. Auch aus den Reihen der Zuhörer ergeben sich keine Wortmeldungen.

---

### 3 Benennung von jeweils einem Mitglied für Ausschüsse, Aufsichtsräte und den Zuwanderungs- und Migrationsbeirat durch die CDU-Stadtratsfraktion 2021/987-001

zur Kenntnis genommen

Die CDU-Fraktion benennt Alexander Boos als Nachfolger für Angelika Conrad in den Zuwanderungs- und Migrationsbeirat sowie Jörg Kerber in den Ausschuss für Familie, Soziales und Freizeit, den Ausschuss für Klima, Umwelt, Stadt- und Stadtteilentwicklung, den Aufsichtsrat der Merziger Bäder GmbH (als Vertreter für Stefan Dorbach) sowie die Aufsichtsräte der Merziger Verwaltungsgesellschaft für Wohnungswirtschaft mbH/mbH & Co. KG.

---

### 4 Verhängung eines Ordnungsgeldes wegen wiederholter, unentschuldigter Nichtteilnahme an Sitzungen 2021/36

ungeändert beschlossen

Stadtratsmitglied Boos (CDU) erklärt, man lebe in einer parlamentarischen Demokratie. Alle Macht gehe vom Volke aus. Allem zugrunde liege das Wahlrecht. Jede Bürgerin und jeder

Bürger habe das Recht, über die Zusammensetzung der Parlamente zu entscheiden, seien es der Ortsrat, Stadtrat, Kreistag, Landtag, Bundestag oder auch das Europäische Parlament. Die Stimme einer Bürgerin oder eines Bürgers zu erhalten, sei ein Privileg und eine Verpflichtung zugleich. Ein Mandat zu gewinnen und die Interessen der Bürgerin oder eines Bürgers zu vertreten, die einem das Vertrauen ausgesprochen hätten, sollte eine Ehre sein. Es gebe in Deutschland Parteien, die sich in einer Grauzone zwischen Rechtsstaatlichkeit und Unrecht befänden; Parteien, die hetzten, die den Zusammenhalt in der Gesellschaft brechen wollten, die den europäischen Einigungsprozess unterbinden wollten und die Ressentiments gegen alles und jeden schürten. Eine Partei, von der manche Flügel als verfassungsfeindlich eingestuft seien, sei die Alternative für Deutschland. Wie ernst es diese Partei mit ihrem überall plakatierten Willen zur Veränderung meine, sehe man im Merziger Stadtrat. Wenn ihre Vertreter wirklich etwas zum angeblich Positiven verändern wollten, so fragt Stadtratsmitglied Boos, warum sie sich bisher nicht in die Diskussionen eingebracht hätten. Warum seien sie nicht ein einziges Mal vor Ort präsent gewesen? Andere Verantwortung mit hohlen Phrasen zu kritisieren, selbst aber die Verantwortung zu scheuen, sei unredlich. Rassismus, Diskriminierung, Hass und Hetze hätten in den Herzen aller im Raum keinen Platz. Dass ausgerechnet Mitglieder der angesprochenen Partei, die sich als angebliche Alternative bezeichneten, sich gar nicht an der Arbeit im Rat beteiligten und jeder Gremiensitzung fernblieben, zeige eindeutig, welches falsche Spiel hier gespielt werde. Demokraten müssten zusammenstehen, „die Brandmauer nach rechts dürfe nicht fallen“. Allen Mitgliedern im Rat liege die Stadt am Herzen. Man habe teilweise verschiedene Auffassungen und Meinungen, Vorschläge, auch mal Streit und Konfrontation. Aber man wolle das Beste für die Stadt und die Menschen. Der AfD-Fraktion sei das alles wohl gleichgültig. Sie kassiere ihre Fraktionsgelder, ohne an Sitzungen teilzunehmen. Sie trete den Willen der Merzigerinnen und Merziger mit Füßen. Die ausbezahlten Fraktionsgelder, die der AfD-Fraktion für die Aufrechterhaltung ihrer sogenannten politischen Arbeit von Seiten der Stadt gezahlt wurden, müssten zurückgezahlt werden. Der Verhängung von Ordnungsgeldern stimme man seitens der CDU-Fraktion zu. Er könne sich persönlich vorstellen, diese noch weiter auszuweiten. Er wolle die Verwaltung von seiner Seite aus bitten, ob man nicht eine Erweiterung der Ordnungsgelder ins Auge fassen solle, z.B. bei dreimaligem unentschuldigtem Fernbleiben doppelte Strafzahlung in Höhe des Sitzungsgeldes in Betracht zu ziehen. Seine Bitte an die Bürger laute, diesen Rattenfängern nicht auf den Leim zu gehen. Eine Stimme für die AfD sei eine verschenkte Stimme. Jemand, der seine Verantwortung gegenüber den Einwohnerinnen und Einwohnern nicht nachkomme, habe hier nichts zu suchen. Die CDU-Fraktion stimme dem vorliegenden Antrag zu.

Stadtratsmitglied Spanier (DIE LINKE) stimme dem Antrag ebenfalls zu. Sie betont, jeder der Anwesenden wisse, wie zeitintensiv die Arbeit in diesem Gremium sei. Alle opferten Teile der eigenen Freizeit hier, die man auch zuhause mit den Familien oder anderen Hobbys verbringen könnte. Aber alle seien hier, da man Pflicht- und Verantwortungsbewusstsein empfinde. Niemand werde gezwungen, sich in dieses Gremium wählen zu lassen. Niemand werde gezwungen zu bleiben, wenn er einmal gewählt worden sei. Jeder könne sein Mandat jederzeit niederlegen, wenn er merke, dass es für ihn zu zeitintensiv sei oder es ihm keine Freude mache. Es sei nicht jedermanns Ding, im Gremium mitzuarbeiten. Vor allem, da es um Steuergelder gehe, die ausgezahlt würden, werde sie diesem Antrag zustimmen. Sie würde sich wünschen, dass die AfD-Fraktion entweder zurückkomme und beginne, sich ernsthaft zu beteiligen oder die Mandatsträger ihre Mandate niederlegten, und den Platz freimachten für andere Personen, die bereit seien, hier im Gremium mitzuarbeiten.

Fraktionsvorsitzender Borger (Grüne) schließt sich den Worten von Herrn Boos an. Es sei daher sehr wichtig, dass man heute dem Antrag der Verwaltung folge.

Der Vorsitzende spricht Herrn Leistenschneider an und führt aus, dieser sei seit sehr langer Zeit das erste Mal wieder anwesend im Stadtrat. Er sei nicht nur heute, sondern für die Zukunft herzlich zur Mitarbeit eingeladen. Das könne er gerne auch seinem Fraktionskollegen weitergeben.

**Beschluss:**

Gegen die Stadtratsmitglieder Gruhn und Leistenschneider wird ein Ordnungsgeld in Höhe von jeweils 225 € verhängt.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
34	0	0

Herr Leistenschneider nimmt wegen Befangenheit an Beratung und Abstimmung nicht teil.

---

**5 Wirtschaftsplan 2021 des Zweckverbandes eGo-Saar**

**2021/66**  
ungeändert beschlossen

Stadtratsmitglied Weiten (Grüne) erklärt, dass die Grünen-Fraktion das Konstrukt als sehr problematisch ansehe, insbesondere die Entwicklung der Kosten. Es sei mehrheitlich positiv beschlossen worden, die Grünen-Fraktion werde dem Wirtschaftsplan jedoch nicht zustimmen und sich enthalten.

**Beschluss:**

Der Wirtschaftsplan 2021 des Zweckverbandes eGo-Saar wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
28	0	7

---

**6 Streetwork**

**2021/63**  
ungeändert beschlossen

Stadtratsmitglied Boos (CDU) betont, noch nicht lange präsent vor Ort, habe sich Streetwork in der Stadt sehr gut etabliert. Es seien viele Probleme aufgezeigt worden, die sonst im Verborgenen geblieben wären. Wer hätte gewusst, dass es eine nicht zu unterschätzende An-

zahl an jungen, wohnungslosen Menschen in Merzig gebe. Diese träten gepflegt auf, seien ordentlich gekleidet. Oftmals erkenne man sie nur an den abgelaufenen Schuhen. Diese jungen Menschen seien nämlich immer unterwegs. Was die Damen und Herren in der Streetwork-Sozialarbeit leisteten, sei mit Geld nicht aufzuwiegen. Man sehe, dass die Anzahl der Kontakte und Gespräche mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern regelmäßig stark zunähmen. Man könne so auf Bedürfnisse, Sorgen und Nöte schneller reagieren. Oftmals bevor Situationen eskalierten, es zu unschönen Szenen komme und am Ende alle darunter litten. Mit viel Einfühlungsvermögen hätten die Streetworker das Vertrauen der jungen Menschen gewonnen. Weil sie sich dort aufhielten, wo die Bedürftigen seien. Weiter sei hervorzuheben, dass dies auch in der neuen Welt der sozialen Medien geschehe. Bei der Einführung von Streetwork handle es sich um eine wirkliche Erfolgsgeschichte. Er bedanke sich für die geleistete Arbeit, für die erstklassige Zusammenarbeit mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung und im Namen eines Betroffenen, der von den Angeboten regelmäßig Gebrauch mache. Dieser habe ihm gesagt, dass er nicht wüsste, wo er heute stünde, ohne die Unterstützung durch die Streetworker. Die CDU-Fraktion stimme der Vorlage gerne zu.

Stadtratsmitglied D’Auria (SPD) erklärt, dass auch die SPD-Fraktion der Vorlage zustimmen werde. Die Streetworker machten eine hervorragende Arbeit. Man sei froh, gerade in der Kernstadt die Streetworker zu haben. Sie seien nicht nur Ansprechpartner für die Jugendlichen, sondern auch für einige Behörden. Sie seien so auch Mittler zwischen den Behörden und einigen obdachlosen Jugendlichen. Diese Arbeit, auch wenn sie derzeit unter veränderten Bedingungen stattfinden müsse, wolle man nicht mehr missen.

Stadtratsmitglied Spanier (DIE LINKE) signalisiert ebenfalls Zustimmung der Fraktion. Gerade in der aktuellen Pandemie-Situation, in der die Familien zuhause sehr beengt zusammenseien bzw. zusammen sein mussten und es wenig Ausweichmöglichkeiten gab, sei es der ideale Zeitpunkt für die Streetworker gewesen, ihre Arbeit aufzunehmen und etwas aufzufangen, was sonst vielleicht nicht hätte aufgefangen werden können. Wenn die finanziellen Mittel zur Verfügung stünden, könnte man gerne mehr Streetworker einstellen. Es sei ein sehr gutes Konzept, das sehr gut angenommen werde.

**Beschluss:**

Die Unterzeichnung der vorliegenden Vereinbarung wird beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
35	0	0

7 Erweiterung der bestehenden Parksituation um 36 PKW-, 7 Fahrrad- und 1 Behindertenparkplätze am „Wolfspark Werner Freund“ in der Kernstadt Merzig

2021/98  
ungeändert beschlossen

Stadtratsmitglied Tinnes (CDU) erklärt: „Unser Wolfspark Werner Freund ist in Merzig nicht mehr wegzudenken und darauf kann unsere Stadt wirklich stolz sein. Der Wolf ist neben dem Apfel ein Symbol für unsere Stadt, der Park wichtig für uns als touristisches Freizeitziel und die Naherholung im Kammerforst. Dass mehr Parkraum benötigt wird, ist ein positives Zeichen. Durch vielfache Investitionen und ein engagiertes Team vor Ort wurde der Wolfspark immer wieder ergänzt und seine Attraktivität gesteigert. Infolge dessen vermeldet der Park auch positive Besucherzahlen. Als touristisches Tagesziel wird er sowohl überregional, als auch von unseren Bürgern besucht. Gerade an den Wochenenden und Feiertagen hat sich gezeigt, dass der vorhandene Parkraum nicht mehr ausreicht. Auch der angrenzende Schützenverein und der Verein „Mein Hund und ich“ laden regelmäßig zu Veranstaltungen ein. Zu den Parkzuständen hat eine Stadtratsfraktion bereits im vergangenen Jahr Vorschläge eingereicht und das Thema aufgeschlagen. Die Stadtverwaltung hat hierzu nun einen Beschlussvorschlag erarbeitet. In unmittelbarer Nähe sollen 36 zusätzliche PKW-Plätze, 7 Fahrrad- und 1 Behindertenparkplatz entstehen. Erfreulich ist, dass Fördergelder in Aussicht stehen, und diese Maßnahme mit nur einem geringen Eigenanteil umgesetzt werden kann. Auch an die Attraktivität des Radverkehrs wurde gedacht. 7 Abstellmöglichkeiten für Fahrräder sollen entstehen. Auch die Zuwegung für Fußgänger wird sicherer gemacht, da wildes Parken und Parken auf dem Grünstreifen nun Geschichte werden sollen, und ein vorhandener Gehweg erweitert werden soll. In unserer Fraktion kamen die Hinweise, dass auch vermehrt Wohnmobile vor dem Wolfspark zu sehen sind. Wir bitten zu prüfen, ob Stellplätze für Wohnmobile ausgewiesen werden können, eventuell unterhalb am Waldfriedhof. Auch bereits vorhandene Parkbuchten können durch Markierungen zu einem weiteren geordneten Parken beitragen. Den Hinweis zur möglichen Pflanzung von Hochstämmen in der anliegenden Grünanlage begrüßen wir ebenfalls sehr. Für die Erarbeitung möchten die die Stadtverwaltung sehr loben. Die CDU-Stadtratsfraktion stimmt dem Beschlussvorschlag für die Erweiterung der bestehenden Parkplätze, die Verbesserung für Fußgänger und Bereitstellung der erforderlichen Mittel im Vorgriff auf den Haushalt 2022 zu.“

Der Vorsitzende sagt zu, den Hinweis auf die Wohnmobile aufzunehmen.

Stadtratsmitglied D’Auria (SPD) stimmt seinem Vorredner vollumfänglich zu. Voriges Frühjahr im Februar sei die Problematik am Wolfspark thematisiert worden. Nachdem die Stadt weitere Plätze, unter anderem auch im unteren Bereich oberhalb des Friedhofes angelegt habe, sei die Situation noch immer unbefriedigend. Weil, wie der Bürgermeister dies bereits angeführt habe, diese Plätze nicht so gut angenommen würden. Positiv zu werten sei die Verbreiterung der Fahrbahn auf 1,50 Meter. Er erlebe oft problematische Situationen mit dem Gegenverkehr, es käme zu einem Stocken des Verkehrs. Es sei auch zu begrüßen, dass die Fußgänger dann problemlos vorbeikämen. Wo der Fußgängerweg geplant sei, parkten nun auch unberechtigterweise Autos, so dass die Fußgänger auch mit Kinderwagen auf die Straße ausweichen müssten. Es sei eine positive Initiative, für die er der Verwaltung danke. Es sehe für die Zuschüsse seitens des Wirtschaftsministeriums gut aus. Er hoffe, dass die Planungen schnellstmöglich verwirklicht werden könnten.

Fraktionsvorsitzender Borger (Grüne) führt aus: „Wir erinnern uns, ein ähnlich lautender Antrag wurde im Januar 2020 abgelehnt mit folgenden Begründungen: Man verstehe nicht, warum dort plötzlich mehr Parkplätze gebraucht würden. Es gebe genügend Parkflächen am Waldfriedhof und gegenüber, so dass kein Bedarf bestehe. (CDU) Es bestehe kein Bedarf. Sollte es an vereinzelten Tagen so sein, dass die Bequemlichkeit der Besucher dazu führe, die



Autos rechts und links im Straßengraben zu parken, sehe die SPD hier eine Aufgabe des Ordnungsdienstes und kein Parkplatznotstand. (SPD) Mit ein Ziel der Stadt sei es, den Bereich um den Wolfspark herum nicht mit Parkplätzen zubauen zu wollen (Verwaltung). Das sehen wir als Grüne Fraktion genauso. Gestern ist gestern und heute ist heute und deshalb unterstützen wir den Vorschlag der Verwaltung, da dieser unseren Antrag vom Januar 2020 aufgreift und zwar in einem kleinen Bereich durch ein naturschonendes Angebot von Parkmöglichkeiten für Abhilfe zu schaffen. Und wir begrüßen die Überlegungen, die Situation für Radfahrer und Fußgänger zu verbessern. Wir sehen es aber nach wie vor als wichtig an, den Parkbesuchern andere Angebote anzubieten, insbesondere an den wenigen besonderen Tagen mit sehr hoher Besucherfrequenz. Ein ÖPNV oder Shuttelangebot hatten wir vorgeschlagen. Ich freue mich, dass sich der Vertreter der CDU unseren Vorschlag im Hauptausschuss zu eigen macht. Dort hatte ich bereits vorgeschlagen, dass die Stadt ihre Überlegungen derart erweitert, dass im Bereich der Parkplätze im Umfeld Waldfriedhof einige Parkflächen speziell für Reisemobile ausgewiesen werden. Immer öfter stehen diese auf den Parkplätzen im Eingangsbereich, die aufgrund ihrer Größe eher für PKW geeignet sind. Und wir wissen auch, dass es immer mehr Reisemobile gibt und hier sollte ein Angebot, auch zum Übernachten, geschaffen werden.“

Stadtratsmitglied Schuh (Freie Wähler Merzig/FDP) erklärt, seine Fraktion stimme dem Antrag ebenfalls zu, damit das Parken dort in Zukunft gegebenenfalls geordneter stattfinden könne. Allerdings bitte er die Verwaltung zu prüfen, ob die Ausführung so aufwendig gestaltet sein müsse.

Stadtratsmitglied Spanier (DIE LINKE) betont, es freue sie besonders, dass man seitens der Verwaltung von Beginn an bei der Planung an Fahrradstellplätze gedacht habe. Dafür danke Sie. Sie bitte bei den Fahrradabstellanlagen darauf zu achten, dass es keine solchen seien, die Reifen schädigten. Sie sei ebenfalls froh, dass es einen Behindertenparkplatz geben werde. Sie wolle aber anregen, dass man vielleicht an ein oder zwei Mutter-Kind-Parkplätze denken könne. Diese sei oft breiter, was hilfreich sei, wenn man mit Kinderwagen und Kindern unterwegs sei, die aus den Kindersitzen gehoben und wieder reingesetzt werden müssten. Ferner wolle sie gerne wissen, ob der Bodenbelag wasserdurchlässig sein werde oder ob man sich noch nicht endgültig festgelegt hätte.

Der Vorsitzende sagt zu, auch diese Anmerkungen aufzunehmen.

Ressortleiter Bies bestätigt, dass die Stellplätze einen durchlässigen Bodenbelag haben werden, so dass das Wasser absickern könne. Bei der Fahrspur habe man sich für Asphalt entschieden, da der Pflegeaufwand sonst bei rangierenden Autos zu groß wäre bei wasserdurchlässigem Belag.

### **Beschluss:**

Die Erweiterung der bestehenden Parkplatzsituation, die Verbesserung für Fußgänger und die Bereitstellung der erforderlichen Mittel im Vorgriff auf den Haushalt 2022 werden beschlossen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
------------	--------------	--------------

35	0	0
----	---	---

## 8 Abschluss eines Durchführungsvertrags im Stadtteils Menningen

**2021/1154**  
ungeändert beschlossen

Fraktionsvorsitzender Auweiler (CDU) unterstreicht, dass dies ein tolles Projekt für Menningen sei. Man setzte sich seitens der CDU-Stadtratsfraktion schon immer für die Stärkung der Stadtteile ein, und dass dort Infrastruktur entstehe. Hier habe man es durch Investoren geschafft, dass mehrere Roheinheiten geschaffen würden. Es solle auch sozialer Wohnraum geschaffen werden. Es werde zusätzlich im Stadtteil Menningen ein Café geschaffen, man belebe das Dorfleben weiter und integriere noch eine Arztpraxis. Ferner wolle die CDU-Fraktion betonen, dass die Genossenschaft nicht nur in Merzig Projekte umsetzen wolle, sondern auch in anderen Gemeinden. Dies sei ein klares Bekenntnis zu den Stadtteilen und der Entwicklung des ländlichen Raumes. Deshalb unterstütze die Fraktion die Vorlage und das Projekt.

### **Beschluss:**

Die Zustimmung zum Abschluss des vorliegenden Durchführungsvertrags wird erteilt.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
29	0	4

Frau Schmitt und Herr Klein nehmen aufgrund von Befangenheit an Beratung und Abstimmung nicht teil.

## 9 Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Mehrgenerationenwohnen Saarfelser Strasse" im Stadtteil Menningen; Satzungsbeschluss gem. § 10 Abs. 1 BauGB

**2021/1136**  
ungeändert beschlossen

Stadtratsmitglied Temmes (Grüne) führt aus, in der Landesbauordnung, § 61, stehe: Verfahrensfrei sei die Beseitigung von Anlagen, Abs. 1, freistehende Gebäude, Gebäude der Klasse 1 bis 3, sonstige Anlagen, die keine Gebäude seien mit einer Höhe bis zu 10 Metern. Im Übrigen sei die beabsichtigte Beseitigung von Anlagen mindestens einen Monat zuvor der Bauaufsichtsbehörde anzuzeigen. Das sei wahrscheinlich in der Ortslage Menningen nicht erfolgt. Denn wie konnte das LUA in seiner Stellungnahme schreiben: „Die artenschutzrechtlichen Aspekte sind nicht wie im Bebauungsplan angegeben beim Rückbau beachtet worden. Durch den erfolgten Abriss des Bestandsgebäudes sind bereits Verbotstatbestände nach § 44 Abs. 1 Bundesnaturschutzgesetz eingetreten. Danach ist es verboten, wildlebende Tiere zu fangen, zu stören, zu entnehmen usw. Das abgerissene Haus war nach Erkenntnissen des LUA Brutplatz von mehreren aussterbenden Mauerseglerpaaren. (Aufnahme Berührung

2019). Ob auch noch Fledermäuse betroffen gewesen sind, ist nicht auszuschließen. Eine Ausnahmegenehmigung der Verbotstatbestände lag dem LUA nicht vor.“ Es ginge auch noch weiter. Die Baugrube sei bereits dreiviertel realisiert. Dazu stehe darin: „Wir bitten in der Überprüfung aufzunehmen, dass das in der Baugrube anfallende Niederschlagswasser während der Bauphase in geeigneter Weise abzuführen ist, um eine Verlagerung des Wassers in tiefere Bereiche der mittleren Muschelkalkschichten zu verhindern. Da es beim Zulauf von Wasser im Bereich von gipshaltigem Gestein im oberen und mittleren Muschelkalk zu Schwellungen und Suppression kommen könne, was wiederum zu Gebäudeschäden, wie Hebungen und Senkungen, führen kann.“ Es sei bereits im Vorfeld klar etwas gemacht worden, was gesetzeswidrig gewesen sei. „Oberboden, der bei der Errichtung baulicher Anlagen oder Veränderungen der Oberfläche anfalle, ist vor Beginn der Baumaßnahme schonend und getrennt vom Unterboden abzutragen, fachgerecht zwischenzulagern und soweit wie möglich bei der Gestaltung der Grünflächen wieder zu verwenden.“ Das seien alles Dinge, die dort im Vorfeld nicht beachtet worden seien. Daher könne er dieser Vorlage nicht zustimmen. Auch ein Bürger habe bemängelt, dass die Anlagen für die Stellplätze für 11 Wohnungen, Café, Gaststätte, Praxisräume und weiteres mit den 15 Stück nicht ausreichend seien.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass man seitens der Verwaltung bereits mehrmals erklärt habe, dass die vorgetragene Aspekte nicht von der Stadt entschieden würden. Das betreffe nicht die Zuständigkeit der Verwaltung. Er betont weiterhin, dass man vorsichtig sein solle, in Bezug auf den Bauvorhabenträger zu äußern, dass gesetzeswidrig gehandelt worden sei.

Ressortleiter Bies ergänzt, man habe bereits 6 Mal erläutert, warum dies, auch bei ähnlichen Vorhaben beispielweise in Hilbringen, nicht rechtswidrig sei und warum die Verwaltung nicht zuständig sei. Daher werde er darauf nicht mehr eingehen.

Stadtratsmitglied Weiten (Grüne) führt an, das möge stimmen. Es gebe aber sicher seitens des Ordnungsamtes Zugriffsmöglichkeiten bei bestimmten Dingen, die auf der Baustelle abgelaufen seien. Die Grünen-Fraktion beurteile das Projekt grundsätzlich als gut. Es sei aber bitter aufgestoßen, was dort passiert sei. Auch wenn die Stadt dies nicht zu verantworten habe. Deswegen sei man nicht dagegen, könne aber auch nicht unbedenklich zustimmen. Es gebe Punkte innerhalb des Bauwesens, die nicht nachvollziehbar und tragbar seien. Auch wenn die Stadt nicht verantwortlich sei, habe sie selbst Vorschläge gemacht. Man sehe die Entwicklung in der Bebauung und die Ansätze als sehr positiv. Es gebe aber auch beispielsweise einen Abschnitt zu Schritten, Maßnahmen und Bauplan, die in einem abschließenden Durchführungsvertrag berücksichtigt werden sollen. Im Bereich Solarthermik, Wärmepumpe und der Zentralheizung. Die Formulierung „sollen“ sei viel zu schwach. Da müsse man auf Dauer stärker reagieren und es solle nur eine Maßnahme empfohlen werden. Es müsse in dieser Hinsicht mehr getan werden. Das Bauprojekt selbst in Menningen sei vorbildlich. Man enthalte sich aufgrund der Vorarbeiten, die dort gelaufen seien. Er würde darum bitten, in Zukunft etwas sensibler diesbezüglich zu reagieren.

Fraktionsvorsitzender Hackenberger (DIE LINKE) stimmt der Aussage zu, dass das Projekt vorbildlich sei. Es sei aber sowohl gesagt worden, dass gesetzeswidrig gehandelt wurde, als auch, es sei nicht gesetzeswidrig gehandelt worden. Wenn die Stadt nicht zuständig sei, so fragt er, wer zuständig sei bzw. wen die Stadt informieren müsse. Es müsse ja jemand überprüfen und gegebenenfalls, sollte gesetzeswidrig gehandelt worden sein, auch einschreiten.

Wenn fehlerhaft gehandelt wurde, sollte der Verantwortliche zur Rechenschaft gezogen werden.

Ressortleiter Bies antwortet, die Unterstellung, es sei rechtswidrig gehandelt worden, könne er nur zurückweisen. Man habe im Bauausschuss sehr detailliert erläutert, dass aus Sicht der Stadt hier nicht rechtswidrig gehandelt worden sei. In Zusammenhang mit Abrissarbeiten sei vor allem der Landkreis mit der UBA zuständig und für alle Naturschutzmaßnahmen das LUA.

Der Vorsitzende ergänzt, man sei hier für das verantwortlich, was zu beschließen sei. Er finde es schlimm, dass man sich geschlossen einig sei, dass das ein tolles Projekt sei, sogar die Fraktion, die unterstellte, dass gesetzeswidrig gehandelt worden sei. Aber durch solche Unterstellungen würde man das Projekt auch kaputt machen. Das finde er nicht in Ordnung.

Fraktionsvorsitzender Borger (Grüne) widerspricht dergestalt, dass es sich bei dem Zitat seiner Fraktion um eine Stellungnahme des LUA handele.

#### **Beschluss:**

- a. Dem Abwägungsvorschlag der im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB (Baugesetzbuch) sowie der Beteiligung der Behörden gem. § 4 Abs. 2 BauGB zur Planung eingegangenen Stellungnahmen sowie der Übernahme des Abwägungsergebnisses in die Planung wird zugestimmt.
- b. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan „Mehrgenerationenwohnen Saarfelser Straße“ im Stadtteil Menningen“, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Textteil (Teil B) sowie dem Vorhaben- und Erschließungsplan, wird als Satzung gem. § 10 Abs. 1 BauGB beschlossen. Die Begründung wird gebilligt.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
26	1	6

Frau Schmitt und Herr Klein nehmen aufgrund von Befangenheit an Beratung und Abstimmung nicht teil.

---

**10 Vorhabenbezogener Bebauungsplan mit Vorhaben- und Erschließungsplan "Lidl-Filiale, Rieffstraße" in der Kreisstadt Merzig, Stadtteil Merzig;** **2021/85**

**Öffentliche Auslegung und Beteiligung der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange** ungeändert beschlossen

Stadtratsmitglied Boos (CDU) berichtet, dass in der vor der Sitzung stattgefundenen Sitzung des Ortsrates Merzig einstimmig für den Antrag gestimmt worden sei.

Stadtratsmitglied Santo (Grüne) erklärt, dass es ihrer Meinung nach nicht nachhaltig sei, ein intaktes Gebäude abzureißen, um ein neues zu bauen, das breitere Gänge bieten solle. Es

wäre vielleicht unterstützenswert gewesen, wenn die Fa. Lidl ein Gebäude bauen wolle mit grünem Dach, PV-Anlage und zugleich Wohnraum schaffen würde. Diese Möglichkeiten seien vielfältig, würden aber nicht genutzt, was die Mitglieder des Stadtrates unterstützten. Mit Argumenten, wie „Grundstückseigentümer können tun, was sie möchten“ und „Wir sind hier nur in Merzig“ oder „Wir können nicht alle Probleme dieser Welt in Merzig lösen“ komme man nicht mehr weiter. Auch Großes entstehe im Kleinen, man müsse nur den Mut dazu aufbringen. Die Grünen-Fraktion werde der Vorlage nicht zustimmen.

Stadtratsmitglied Weiten (Grüne) ergänzt, es handle sich zwar um eine bereits versiegelte Fläche. Aber man wolle keinen Flächenfraß haben, d.h. es hätte auch die Möglichkeit gegeben, mit dieser Fläche mehr zu machen. Natürlich sei der Eigentümer verantwortlich. Die Größenordnung des neu zu bauenden Gebäudes sei 2.500 Quadratmeter. Es müsse ein Umdenken stattfinden, denn das Dach könne man auch als Energiequelle nutzen. Bei der Größe des Daches erreiche man eine Leistung von 200.000 Kilowattstunden. Das reiche, um 50 Vierpersonenhaushalte mit Strom zu versorgen. Dies sei nur ein Beispiel dafür, dass in der Stadt noch viel mehr in diese Richtung gemacht werden müsse. Ähnlich sei es beim Wohnungsbau. Natürlich sei der Investor in Eigenverantwortung. Aber diesbezüglich sei man in manchen ländlichen Gemeinden deutlich weiter und erschließe beispielsweise gleichzeitig Gewerbeimmobilien auch für Wohnraum.

Ressortleiter Bies führt aus, Wohnraum in der Rieffstraße sei planungsrechtlich äußerst problematisch, annähernd unmöglich. Bei den Fragen zum ökologischen Standard hätten die Stadtratsmitglieder die Möglichkeit, in der rechtlichen Auslegung Eingaben zu machen, die dies alles vorsehen.

#### **Beschluss:**

1. Der Entwurf des Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes mit Vorhaben- und Erschließungsplan „Lidl-Filiale Rieffstraße“, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) mit Textteil (Teil B) sowie der Begründung und der Auswirkungsanalyse wird gebilligt und
2. die öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB und parallele Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB sowie
3. die Abstimmung mit den Nachbargemeinden gem. § 2 Abs. 2 BauGB beschlossen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
31	4	0

---

## **11 Abschluss eines Durchführungsvertrags im Stadtteil Hilbringen**

**2021/1152**  
ungeändert beschlossen

Fraktionsvorsitzender Borger (Grüne) betont, im Zusammenhang mit dem Thema Gestaltungssatzung habe die Grünen-Fraktion bereits darauf hingewiesen, dass man es bedauere,

dass die Gestaltungssatzung, in der es auch darum gehe, wie man mit den Stadt- und Dorfkernen in Zukunft umgehe, auf die Kernstadt beschränkt sei. Das Vorhaben, das marketingtechnisch als Quartier bezeichnet werde, werde den Ortskern von Hilbringen nachhaltig verändern. Es werde aufgrund seiner Dominanz die alte Baustruktur dort überformen. Damals sei auch darüber gesprochen worden, Wohnraum für Menschen mit geringeren finanziellen Mitteln zu schaffen. Aktuell gingen die Preise im Verkauf der Wohnungen von 250.000 Euro für 60 Quadratmeter bis 480.000 Euro für 100 Quadratmeter. Die Grünen-Fraktion habe eine komplett andere Vorstellung, wie Wohnraum in Zukunft, sowohl was die Architektur als auch das finanzielle Angebot angehe, aussehen solle, wenn er in den Ortskernen entstehen solle. Deshalb habe man große Probleme mit diesem Vorhaben.

**Beschluss:**

Die Zustimmung zum Abschluss des vorliegenden Durchführungsvertrags wird erteilt.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
29	1	5

- 
- 12 Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Im Hirtengarten" im Stadtteil Hilbringen der Kreisstadt Merzig; Satzungsbeschluss gem. § 10 Abs. 1 BauGB** **2021/96**  
ungeändert beschlossen

Stadtratsmitglied Temmes (Grüne) erklärt, das LUA habe zu diesem Bauvorhaben die gleiche Stellungnahme gesendet, wie zum Vorhaben in Menningen. Auch dort sei eine verbotene Maßnahme durchgeführt worden. Das Gebäude sei einfach abgerissen worden. Auch diese abgerissenen Gebäude hätten einer Sondergenehmigung und Zustimmung seitens des Umweltschutzes bedurft. Die oberste Landesbaubehörde habe dazu geschrieben: „Mit vorliegender Planung wolle die Kreisstadt Merzig die planerische Voraussetzung für die Justierung eines Wohnungs- und Bürokomplexes mit 13 Wohneinheiten schaffen. Die Bilanz in der Begründung auf Seite 7 zeigt, dass der Wohnungsbedarf im Ortsteil Hilbringen bereits jetzt überschritten ist. Insofern wäre die Planung mit Blick auf §1 Abs. 4 des Baugesetzbuches nicht zustimmungsfähig. Im Hinblick darauf, dass hier jedoch eine inhaltliche Nachgewichtung erfolgen soll, werden wir der Planung nicht im Wege stehen. Die Frage, inwieweit sich das Projekt hinsichtlich seiner Konfiguration in das nähere Umfeld einfügt, muss die Kreisstadt Merzig im Rahmen ihrer Planungshoheit selbst beurteilen.“ Das sei seine Beanstandung bei der Höhe des Gebäudes. Das höchste Gebäude habe eine Höhe von 11,50 Meter. Das sei für diese Ortslage sehr übertrieben.

Der Vorsitzende erwidert, er gehe davon aus, dass sich der gesamte Ortsrat mit diesem Thema intensiv beschäftigt habe. Denn der gesamte Ortsrat habe dem Projekt zugestimmt.

**Beschluss:**

- a. Dem Abwägungsvorschlag der im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB (Baugesetzbuch) sowie der Beteiligung der Behörden gem. § 4 Abs. 2 BauGB zur Planung eingegangenen Stellungnahmen wird zugestimmt und
- b. der vorhabenbezogene Bebauungsplan „Im Hirtengarten“ im Stadtteil Hilbringen der Kreisstadt Merzig wird als Satzung gem. § 10 Abs. 1 BauGB beschlossen

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
30	2	3

**13 Abschluss eines Erschließungsvertrags im Stadtteil Hilbringen**

**2021/32**  
ungeändert beschlossen

Stadtratsmitglied Temmes (Grüne) weist darauf hin, das Regenprofil, das die Fa. Hoffmann in der Zeichnung vorgelegt habe, sei ein 8,50 Meter breiter Streifen. Im Angebot seien nur 100 und 165 Quadratmeter enthalten. Man solle also fairerweise sagen, dass das Angebot durch die Fa. Hoffmann überarbeitet werden sollte.

Fachbereichsleiter Gasper zeigt Verständnis dafür, dass Herr Temmes hier jemanden auf den rechten Weg bringen wolle. Aber das sei die Aufgabe des privaten Grundstückseigentümers, nicht die der Stadt. Der Eigentümer habe auch einen Fachmann, einen Architekten, der ihm diesen Hinweis geben müsse.

**Beschluss:**

Die Zustimmung zum Abschluss des vorliegenden Erschließungsvertrages wird erteilt.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
35	0	0

**14 Verlagerungen von Wirtschaftsplannmitteln zugunsten des Ansatzes "Sanierung Kanal Zum Gipsberg" (SK 072470)**

**2021/990**  
ungeändert beschlossen

**Beschluss:**

Der Verlagerung von Wirtschaftsplannmitteln zugunsten des Ansatzes „Sanierung Kanal Zum Gipsberg“ (SK 072470) in Höhe von T€ 470 wird zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen



35	0	0
----	---	---

---

15 **Die Voraussetzungen für eine Tiny-House Siedlung schaffen; Antrag B'90/Die Grünen vom 10.05.2021** **2021/976**  
verwiesen

---

15.1 **Sachdarstellung: Die Voraussetzungen für eine Tiny-House Siedlung schaffen; Antrag B'90/Die Grünen vom 10.05.2021** **2021/976-001**  
verwiesen

Fraktionsvorsitzender Borger (Grüne) erläutert den Antrag der Grünen-Fraktion: „Alternative Wohnformen erfreuen sich auch in Deutschland einer wachsenden Beliebtheit. Zu diesen gehört auch das Wohnen in „Tiny Häusern“. Die Tiny House-Bewegung, die ihren Ursprung in den USA hatte, erfreut sich zunehmender Beliebtheit auch in Deutschland. Immer mehr Städte und Gemeinden ermöglichen dies durch Bereitstellung entsprechender Grundstücke. Als Vorteile von Tiny Houses werden genannt: Geringe Baukosten, geringe Unterhaltskosten, geringe Umweltbelastung, wenig Zeitaufwand fürs Putzen, Aufräumen und die Instandhaltung, Mobilität und Flexibilität, Möglichkeit, um schnell Wohnraum zu ergänzen und der zunehmende Minimalismus-Trend. Als Nachteile von Tiny Houses werden genannt: Tiny Houses sind nicht familientauglich, aufwendiges Genehmigungsverfahren, weniger Wohnkomfort, kein Platz für Gäste, Beschränkungen beim Hausrat und Tiny Houses sind nicht barrierefrei. Deshalb begrüßen wir es, dass die Stadtverwaltung unsere Idee aufgegriffen hat und in ihrer Beschlussvorlage darauf hinweist, dass in Brotdorf im Zusammenhang mit der baulichen Erschließung einer größeren städtischen Eigentumsfläche eine Teilfläche für „Small Houses“ vorgesehen wird. Entgegen der Verwaltungsvorlage gibt es zwischenzeitlich sehr wohl einige Projekte in Deutschland, die auch außerhalb von Campingplätzen solche alternativen Wohnformen unterstützen. Eines der vielen Beispiele: In einer Gemeinde im Schwarzwald sollen auch Tiny Houses zugelassen werden. Der Gemeinderat hat einen entsprechenden Bebauungsplan verabschiedet. Zwei große Grundstücke im Allgemeinen Wohngebiet, unterteilt in kleine Flächen, sollen Entwicklungsmöglichkeiten für kreisförmig angelegte Tiny-Häuser in verschiedenen Größen bieten. Bis zu 21 Minihäuser sind möglich, die zwischen acht und 60 Quadratmeter groß sein können. Wir als Fraktion regen aber an, auch einmal an die vielen Baulücken zu denken. Diese wären grundsätzlich auch geeignet und die Aufstellung dieser kleinen Häuser würde eine win-win Situation bedeuten. Der Grundstückseigentümer würde nicht nur Grundsteuern bezahlen, er könnte Einnahmen aus der Vermietung generieren. Die Grundstücke würden durch die Tiny-House-Besitzer gepflegt. Eine Infrastruktur zur Ver- und Entsorgung ist in der Regel vorhanden. Die mobilen Häuser würden einer möglichen Bebauung nicht im Wege stehen. Alles in allem, der erste Schritt soll in Brotdorf getan werden und wir würden uns freuen, wenn die Verwaltung diese Entwicklung aktiv begleitet und einmal darüber nachdenkt, auch andere Flächen (z.B. aufgegebene Sportplätze, Umfeld Haus Sonnenwald) einzubeziehen, insbesondere aber eine Nutzung von Baulücken überdenkt.“



Der Vorsitzende erklärt, dass der Antrag eigentlich am Vortag bereits im zuständigen KUSS-Ausschuss hätte besprochen werden sollen. Dieser sei verschoben worden, weshalb die Beratung dort erst später erfolge. Die Verwaltung habe den Vorschlag aufgegriffen, aber vorgeschlagen, eher in Richtung von Small Houses zu arbeiten und entsprechend mit diesen Modellen in die Wohngebiete zu gehen. So kam es auch zu dem Vorschlag, in Brotdorf im Neubaugebiet eine Fläche für eine solche Bebauung auszuweisen. Aber man sage auch zu, andere städtische Grundstücke ins Auge zu fassen, in denen ein solches Vorhaben möglich sei. Man wolle auch mit möglichen Investoren reden. Aber man solle zunächst einmal schauen, wie die Nachfrage überhaupt sei. Das werde auch die Frage beantworten, ob es sinnvoll sei, mehr Flächen im städtischen Gebiet entsprechend auszuweisen.

Fraktionsvorsitzende Holzner (SPD) betont, dass man hier zwei Dinge unterscheiden müsse: das Tiny-House-Konzept, das mobil sei, und das von der Stadt vorgeschlagene Small-House-Konzept. Das seien kleinere Häuser über zwei Ebenen, die fest stünden und anders konzipiert seien. Dabei teilten sich mehrere Parteien ein Grundstück. Es sei nun herausgekommen, dass es für Tiny-Houses aktuell kein passendes Grundstück gebe. Daher müsse man im Fachausschuss sehen, wie man das perspektivisch wieder aufgreifen könne. In einem Neubaugebiet sehe sie dies teilweise anders. Dort gebe es eine bestimmte Anzahl an Bauplätzen. Das Gebiet in Brotdorf wurde bei einer großen Veranstaltung mit den Bürgerinnen und Bürgern und dem Ortsrat besprochen. Es seien viele Wünsche geäußert worden, der nach einem Small-House sei nicht aufgekommen. Deshalb sei ihre Bitte, dieses Thema auch in den Ortsrat Brotdorf zu verweisen. Dort hätte man sich intensiv mit dem Thema auseinandergesetzt. Es sei schwierig, wenn der Stadtrat eine Entscheidung trafe, ohne den Ortsrat mit ins Boot zu nehmen. Weiterhin solle das Thema im Fachausschuss besprochen werden.

Der Vorsitzende erklärt, den Fachausschuss werde man mit diesem Thema befassen. Der Ortsrat Brotdorf werde ohnehin mit einbezogen, wenn das B-Plan-Verfahren diesbezüglich aufgestellt werde.

Fraktionsvorsitzender Auweiler (CDU) erklärt, es sei immer gut, Impulse in die Stadt zu bringen. Ob Bedarfe da seien, werde man sehen. Es seien sicherlich Konzepte, die innovativ sein könnten. Die angesprochenen Baulücken seien überwiegend in privater Hand. Diesbezüglich habe die CDU-Fraktion gemeinsam mit der SPD-Fraktion in der letzten Legislaturperiode einen entsprechenden Antrag eingebracht, der durch die Verwaltung begleitet worden sei. Die Eigentümer von Baulücken seien auch bereits angeschrieben worden. Die Rücklaufquote sei überschaubar gewesen. Vielleicht könne man den Impuls nun aufnehmen, gerade solche Baulücken, in die Personen dann temporär die kleinen Häuser hinstellten, herzurichten. Ob dafür die Verwaltung zuständig sei, ob dies der freie Wohnungsmarkt regle oder man die Begleitung durch Presse und Verwaltung ermögliche, es sei sicher ein Ansatz. Man stehe, wie die SPD-Fraktion, für die Entwicklung der Stadt, habe intensiv darüber beraten. Die Fragen seien nun im Fachausschuss zu klären. Man kenne, ähnlich wie die Ortsvorsteher, die Bedarfe. Diese gäbe es für normale Bauten. Wenn man ein Konstrukt finden könne, in dem man die Bedarfe miteinander verbinden könne, könne man das nur begleiten. Deshalb könne die Vertagung in den Fachausschuss mit der Begleitung durch den Ortsrat nur zielführend sein.

Der Vorsitzende bestätigt, dass man so vorgehen werde. Er weist darauf hin, dass man die Eigentümer von Baulücken angeschrieben habe. Das habe man gemeinsam mit dem Stadtrat auf den Weg gebracht. Es seien dadurch 15 Grundstücke vermittelt worden, was fast die

Größe eines kleinen Baugebietes sei. Er halte den Vorschlag auf Vertagung für sinnvoll. Auf Rückfrage an den Rat gibt es keine Einwände zum vorgebrachten Vorschlag.

**Beschluss:**

Der Tagesordnungspunkt wird zur weiteren Beratung in den Fachausschuss verwiesen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
34	0	0

Herr Ripplinger nimmt an der Abstimmung nicht teil.

---

16

**Planungen in Überschwemmungsgebieten; Antrag B90/Die Grünen vom 10.08.2021**

**2021/1167**  
verwiesen

Fraktionsvorsitzender Borger (Grüne) stellt den Antrag der Fraktion vor: „Die dramatischen Prognosen des Weltklimarates und die entsetzlichen Folgen der Sturzfluten unter anderem in Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen und Bayern haben viele Fehlentwicklungen (insbesondere Siedlungsentwicklung und Landnutzung) der Vergangenheit mit erschreckender Deutlichkeit offenbart. Als Grüne-Fraktion hatten wir immer wieder auf Korrekturen gedrängt und entsprechende Initiativen ergriffen und Anträge gestellt. Die aktuelle Situation macht es erforderlich, diese erneut aufzugreifen und an aktuellen Entwicklungen anzupassen. Es ist notwendig, zunächst ALLE Überlegungen, Planungen in Überschwemmungsgebieten, die sich potenziell negativ auf Hochwasserereignisse auswirken könnten, sofort zu stoppen. Die bisherige Eingriffs-Ausgleichsregelung nach dem Umweltrecht und die Ausweisung von Risikogebieten auf längst überholter Datenbasis ist bei der rasanten Entwicklung der Witterungsverläufe kein geeignetes Instrument, schlimmste Folgen abzuwenden, das hat auch die jüngste Flutkatastrophe mehr als deutlich gezeigt. Auch die Klassifizierung in Hochwasserrisikobereiche, also in welchen Zeitabschnitten mit Hochwasser zu rechnen ist, trägt heute nicht mehr. Man muss sich immer daran erinnern, dass solche Wetterphänomene in Zukunft nach allen Prognosen häufiger und heftiger auftreten und niemand sich an Zahlenwerke irgendwelcher Planungsbüros oder Gutachter halten und auch keine Gemeinde sagen kann, sie bliebe verschont. Neben weiteren notwendigen Initiativen zur Daseinsvorsorge beantragen wir, zunächst ALLE Überlegungen, Planungen in Überschwemmungsgebieten, die sich potenziell negativ auf Hochwasserereignisse auswirken könnten, sofort zu stoppen. Dabei sind nicht die vorhandenen Daten zu Grunde zu legen, die auf einer Datengrundlage basieren, die sich überholt hat, sondern es ist von den prognostizierten "Worst Case"-Szenarien auszugehen. Schließen möchte ich mit einem Kommentar in der SZ vom 13.09. „Warum der Flächenfraß allen schadet“: Nach wie vor wird im Saarland zu viel Fläche sorglos für Firmen und auch Wohnraum bebaut, ohne die ökologischen Folgen zu bedenken. Nach wie vor werden doch mit dem Totschlagargument „Arbeitsplätze“ für Unternehmen und Firmen Flächen eingeebnet und Zufahrtsstraßen gebaut. Wo hernach kein Grün mehr wächst. Dabei ist das unentwegte Bebauen, Zupflastern und Asphaltieren ein drängendes Problem. Welches meist nur dann auf die Agenda kommt, wenn bei Starkregen mal wieder ein Fluss oder Bach über

seine Ufer tritt und das Wasser einen Riesenschaden anrichtet, weil es nicht natürlich abfließen kann. Dann reden alle darüber, bis es wieder vergessen wird.“

Fraktionsvorsitzender Auweiler (CDU) äußert sich zum Überschwemmungs- und Hochwasserschutz, den die Stadt seit Jahren begleite. Es sei schon viel getan worden. Dennoch seien die Ereignisse, die man vor einigen Wochen gesehen und erlebt habe, ein prägendes Erlebnis. In den Berichten, die er dienstlich von Helfern vor Ort erhalten hätte, sei von erschütternden Bildern gesprochen worden. Er komme selbst aus dem betroffenen Gebiet und kenne viele Menschen dort. Deshalb sei der Antrag ein wichtiger Ansatz. Sicher sei es gut, die Aspekte im KUSS aufzugreifen und zu beraten. Er bitte darum, mit dem Thema sehr sorgfältig umzugehen. Man brauche sicher einen Hochwasserschutz, müsse aber auch abwägen. Man solle im Fachausschuss festlegen, was das im Antrag beschriebene Wort-Case-Szenario sei. Denn verständlicherweise werde in diesem Bereich mit Begriffen vielleicht übertrieben oder auch die Sachebene verlassen. Man solle im Fachausschuss sachlich vorgehen und mit belastbaren Daten und Informationen arbeiten. Dann käme man sicher zu guten Ergebnissen, die man auch in Merzig umsetzen wolle. Die CDU-Fraktion werde das Thema begleiten.

Stadtratsmitglied Klein (SPD) spricht ebenfalls die Bilder und Schicksale im betroffenen Hochwassergebiet an der Ahr an, die betroffen gemacht hätten. Es sei aber auch sehr bewundernswert gewesen, wie groß die Hilfsbereitschaft in der Gesellschaft sei. Vor allem seien die Privatinitiativen und Firmen, Hilfsorganisationen und die Bundeswehr mit großem Lob zu erwähnen. Jeder müsse dem Klimawandel und damit auch dem Hochwasserschutz Rechnung tragen sowie das Thema ernst nehmen. Auch im Merziger Stadtgebiet müsse man den Ist-Stand überprüfen und eventuell notwendige Korrekturen im Einvernehmen mit den geltenden Gesetzen und den gesetzlichen Vorgaben sowie die Analyse gemeinsam mit den Experten und der Verwaltung angehen. Die SPD-Fraktion stelle auch den Antrag, dass dieser wichtige Punkt zurück in die Fraktionen und in den Ausschuss gehen solle. So, dass man genügend Zeit habe, hier das zu entscheiden, was für die Stadt gut sei im Einklang mit Natur- und Umweltschutz und Hochwasserschutz. Man solle eine Lösung finden, die den Menschen in der Stadt zugutekomme und schütze.

Der Vorsitzende sagt zu, dass man mit dieser Vorlage den Ausschuss betraue. Er informiert darüber, dass die Stadt bereits seit vielen Monaten an den Vorbereitungen des Hochwasserschutzkonzeptes arbeite. Dies sei sehr umfangreich. Es gebe sehr viel Datenmaterial, das dem Fachbüro, das dies mit der Stadt gemeinsam erstelle, auch zur Verfügung gestellt worden sei. Die Termine für das weitere Vorgehen stünden bereits fest. Man habe auch alle Ortsvorsteherinnen und Ortsvorsteher darüber in Kenntnis gesetzt. Im vierten Quartal würden in allen Stadtteilen Termine stattfinden, mit dem Fachbüro, mit Kolleginnen und Kollegen der Verwaltung, die ein eigenes Team bilden, mit den Ortsvorsteherinnen und Ortsvorstehern und mit der Feuerwehr. Denn die Feuerwehr erkenne und wisse, wo es in der Vergangenheit bei Hochwasserereignissen schwierige Situationen gegeben hätte. Danach werde ausgewertet und mit dem Material verglichen, das das Büro erstellt habe. Anfang 2022 werde man in die Stadtteile gehen, um die dann vorliegenden Ergebnisse vorzustellen und mit den Bürgerinnen und Bürgern zu besprechen. Eventuell könne man dann noch Hinweise der Menschen vor Ort aufnehmen, die im Vorfeld bei den Berechnungen zu anderen Ergebnissen geführt hätten. Es sein ein schwieriges Thema, das man umfangreich angehen wolle. Es sei wichtig, dass man Hochwasserereignisse im Rahmen der eigenen Möglichkeiten und dessen,

was man vorhersehen könne, vermeide. Die Ergebnisse würden dann auch im Rat vorgestellt.

Stadtratsmitglied Schuh (Freie Wähler Merzig/FDP) erklärt, man begrüße die Vertagung des Themas in den Ausschuss, wo dies ausführlich behandelt werden könne. In Besseringen sei man im Ortsrat in der vergangenen Woche auf einen Fall aufmerksam gemacht worden bezüglich einer realistischen Gefahr in der Katzenschleit. Er finde den Antrag der Grünen sehr gut, sich im Vorfeld mit potentiellen Gefahrensituationen zu beschäftigen.

Der Vorsitzende ergänzt, dass er auch mit der Familie in der Katzenschleit gesprochen und zugesagt habe, dass man dieses Gebiet auch prüfe. Der Ortsvorsteher sei informiert.

Fraktionsvorsitzender Borger (Grüne) befürwortet die Vertagung in den Fachausschuss, um das komplexe Thema in Ruhe zu diskutieren. Der Antrag der Grünen-Fraktion habe eigentlich darauf abgezielt, ein Moratorium zu machen. Warum das wichtig wäre, habe der Bürgermeister eben begründet. Die Untersuchungen liefen aktuell. Daher wäre es aus seiner Sicht törricht, im nächsten halben Jahr eine größere Baumaßnahme in einem Überschwemmungsgebiet zu machen und damit den Studien und Ergebnissen vorzugreifen. Der Antrag ziele nicht darauf ab, in Zukunft jegliches Bauen zu verhindern. Er bitte auch zu unterscheiden, dass die Vorkommnisse im Ahrtal keine Überschwemmungen waren, sondern Sturzfluten. Das sei auch durch die Topografie bedingt und sei etwas ganz anderes, als ein Hochwasser an der Saar. Es gebe Stadtteile, die vor so etwas nicht gänzlich gefeit wären. So könne sich beispielweise der Ritzerbach in einen reißenden Strom verwandeln. Das habe man jetzt bei den kleinen Bächen im Ahrtal gesehen, nicht nur bei der Ahr. Von diesen habe man nie gedacht, dass sie ganze Häuser wegreißen könnten. Weiterhin müsse man sich mit der Landnutzung beschäftigen.

Stadtratsmitglied Temmes (Grüne) führt an, das Hochwasser betreffe nicht nur Täler, es könne auch von den Bergen kommen. Es sei aus seiner Erfahrung daher unbedingt erforderlich und wichtig, dass man die umliegenden Hänge und die Landwirtschaft mitbetrachte. Es sei wichtig, wie der Bauer hinter dem Hang seinen Pflug richte. Richte er diesen senkrecht auf den Hang, so habe man viele Probleme. Zu beachten seien deshalb nicht nur Talauen, sondern auch Hänge und Bergrücken. Rutschhänge gebe es auch hier.

Der Vorsitzende fragt den Rat, ob alle Mitglieder damit einverstanden seien, dass dieser Antrag in den Fachausschuss verwiesen werde. Dies ist der Fall.

#### **Beschluss:**

Der Antrag wird zur weiteren Beratung in den Fachausschuss verwiesen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
33	0	0

Frau Fischer nimmt an der Abstimmung nicht teil. Herr Ehm hat die Sitzung vor der Abstimmung verlassen.

---

17 **Brennholzspende für das Flutgebiet; Antrag B'90/Die Grünen vom  
16.09.2021**

**2021/1177**  
ungeändert beschlossen

Fraktionsvorsitzender Borger (Grüne) dankt der Verwaltung für das schnelle Handeln: „Um es kurz zu fassen, ein Dank an die Verwaltung für die Unterstützung zu unserem Antrag. Und dieser Antrag und das zeitnahe positive Signal der Verwaltung ist mehr als begründet. Hier auszugsweise ein Schreiben aus der Region: „Ich habe gehört, Ihr habt in Eurer Region den größten Waldbestand. Im Ahrtal wird es so langsam Herbst, die Nächte werden immer kälter und die Öfen bleiben kalt. Da wir momentan knapp an Brennholz sind. Das, was noch da ist, wird für teures Geld angeboten. Besteht nicht die Möglichkeit, uns für unsere Flutopfer Brennholz von Euch zu bekommen. Das wäre total klasse. Über eine positive Rückmeldung würden wir uns sehr freuen“. Ich glaube, es ist ein schönes Zeichen, das wir als Rat mit Unterstützung der Verwaltung in das Flutgebiet senden und ich bin mir sicher, dass dies weitere Nachahmer findet. Ich sage hier aber auch ein Dankeschön an eine Waldbesitzerin der Forstbetriebsgemeinschaft, die einen Lastzug mit Brennholz spendet und ein Fuhrunternehmen aus dem Landkreis, der diesen Transport auf eigene Kosten durchführen wird.“

Der Vorsitzende unterstreicht die Aussage, es sei toll, wenn Menschen sich dort einbrächten und unterstützen. Daher habe die Stadt den Vorschlag der Grünen-Fraktion aufgegriffen. Man wolle das zu einem Azubi-Projekt machen. Die Azubis aus dem Bereich Forst setzten sich mit der Thematik auseinander und würden das Holz entsprechend aufarbeiten. Man habe regen Kontakt nach Bad Neuenahr, insbesondere nach Schleiden. Es sei in der Vergangenheit so gewesen und werde in Zukunft auch so bleiben, dass dort auch Kolleginnen und Kollegen des Baubetriebshofes ausgeholfen hätten und aushelfen würden. Auch aus dem Bauressort, so sei es abgesprochen, würden Kolleginnen und Kollegen nach Schleiden fahren, wenn es beispielsweise um Themen wie Kanäle und ähnliches ginge.

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt, den von Hochwasser betroffenen Bürgerinnen und Bürgern in der Gemeinde Schleiden bzw. der Stadt Bad Neuenahr-Ahrweiler bis zu 100 Raummeter Brennholz in Form von ofenfertig hergerichteten Stückholz als Spende zur Verfügung zu stellen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
34	0	0

---

18 **Bestellung der Kommunalen Frauenbeauftragten nach § 79 a  
Kommunalselbstverwaltungsgesetz und der Frauenbeauftragten  
nach § 21 Landesgleichstellungsgesetz**

**2021/77**  
ungeändert beschlossen

**Beschluss:**

Ab dem 01.01.2022 wird die Verwaltungsmitarbeiterin Marion Hawlena zur Kommunalen Frauenbeauftragten nach § 79 a des Kommunal selbstverwaltungsgesetzes und zur Frauenbeauftragten nach § 21 Landesgleichstellungsgesetz bestellt. Ihre Vertretung nimmt Frau Natascha Friedrich wahr.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
34	0	0

- 
- 19 **Schaffung einer zusätzlichen Stelle für eine/einen verantwortliche/n Mitarbeiterin/Mitarbeiter für den Fachbereich Personalmanagement im Vorgriff auf den Stellenplan 2022** **2021/80**  
ungeändert beschlossen

**Beschluss:**

Im Vorgriff auf den Stellenplan 2022 wird eine zusätzliche Stelle für eine/einen verantwortliche/n Mitarbeiterin/Mitarbeiter für den Fachbereich Personalmanagement geschaffen. Die Vergütung erfolgt nach der Entgeltgruppe 11 TVöD. Die Stelle der Leiterin des Fachbereiches Personalmanagement wird nach deren Ausscheiden wegen Rentengewährung gestrichen. Die beigefügte Stellenausschreibung soll im Amtlichen Mitteilungsblatt Neues aus Merzig, auf der Internetseite der Kreisstadt Merzig und über die Internetplattform Interamt veröffentlicht werden. Bei der Personalgewinnung erfolgt eine Zusammenarbeit mit dem Personaldienstleister Ralf-Michael Zapp.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
34	0	0

- 
- 20 **Schaffung einer zusätzlichen Stelle für eine/n Sachbearbeiterin/Sachbearbeiter für den Fachbereich Stadtkasse im Vorgriff auf den Stellenplan 2022** **2021/76**  
ungeändert beschlossen

**Beschluss:**

Im Vorgriff auf den Stellenplan 2022 wird eine zusätzliche Stelle für eine/einen Sachbearbeiterin/Sachbearbeiter im Fachbereich 112 geschaffen. Die Vergütung erfolgt nach der Entgeltgruppe 8 TVöD. Die Stelle der derzeitigen Stelleninhaberin wird nach deren Ausscheiden wegen Rentengewährung nach Beendigung der Freizeitphase Altersteilzeit gestrichen. Sollte nach einer verwaltungsinternen Stellenausschreibung kein/e geeignete/r Bewerber/in gefunden werden, wird die beigefügte Stellenausschreibung im Amtlichen Mitteilungsblatt

Neues aus Merzig, auf der Internetseite der Kreisstadt Merzig und über die Internetplattform Interamt veröffentlicht.

### Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
34	0	0

---

## 21 Mitteilungen, Anfragen und Anregungen

Stadtratsmitglied Dyck (SPD) betont, er sei stolz in einer Stadt zu wohnen, die auf ihre Radfahrer achte und sich bemühe, das Radwegenetz auszubauen. Er wolle daher gerne anregen, dass bei Veranstaltungen wie jetzt auch auf Radfahrer geachtet werde und Abstellplätze für Radfahrer geschaffen werden. Beim kommenden Oktoberfest seien die Abstellmöglichkeiten unter der Treppe verbaut. Vielleicht gelinge es, bis zum Fest Abstellmöglichkeiten zu schaffen.

Der Vorsitzende dankt für den Hinweis und sagt zu, dies zu prüfen, damit das Abstellen von Rädern beim Oktoberfest möglich sei.

Stadtratsmitglied Weiten (Grüne) bezieht sich auf die sich aktuell im Einsatz befindlichen Panzer-Blitzer. Er wolle gerne wissen, ob diese beiden gemietet oder gekauft seien.

Ressortleiter Jung antwortet, es sei ein Blitzer für einen sehr überschaubaren Zeitraum gemietet worden. Er werde in wenigen Tagen zurückgegeben. Man sei dahingehend initiativ geworden, da von verschiedenen Stellen Anfragen seitens der Polizei, der Dienstleister, aus der Bürgerschaft, aber auch aus dem politischen Bereich gekommen seien, ob man sich mit diesem Thema befassen könne. Andere Kommunen hätten bereits über einen längeren Zeitraum solche Geräte geleast. Die Stadt Merzig habe für 2 Monate ein solches Gerät gemietet und testweise an prekären Standorten aufgebaut, um zunächst Erfahrungen zu sammeln, ob es sich lohne, ein solches Gerät dann zu beschaffen. Als Ortspolizeibehörde dürfe man nur innerorts blitzen. Er wisse aus eigener Erfahrung mit einem Blitzer aus einer Nachbarkommune, dass dort nicht immer besonders sorgfältig die Standorte ausgewählt seien. Es sollten ja vor allem die Radfahrer und Fußgänger geschützt werden. Es sei aus seiner Sicht völlig inakzeptabel, mit einem solchen Gerät einen Gehweg innerorts zuzustellen. Man habe im Rahmen der Einweisung, der Schulung und des Testbetriebs festgestellt, dass es durchaus Standorte gebe, an denen man darüber nachdenken könne, ein solches Gerät zu beschaffen. Aber, wenn man die Belange von Fußgängern und Radfahrern berücksichtige, seien die Standorte sehr selektiert. Man werde verwaltungsintern die Daten auswerten. Er habe einige Zahlen mitgebracht, die er auch gleich nennen könne. Man werde möglicherweise dann eine Empfehlung an den Rat geben, ein solches Gerät zu beschaffen. Aber man müsse zunächst alle Daten dezidiert auswerten. Das Gerät sei insgesamt 38 Tage im Einsatz gewesen. Es habe 2.845 Mal reagiert und überwiegend - mit 2.716 - bewegte man sich im Verwarngeldbereich, also einem Bereich, in dem die Verstöße nicht so gravierend seien. Gleich-



zeitig könne man damit Einnahmen generieren, wenn das Gerät von der Stadt betrieben werde. In 129 Fällen komme es zu einer Anzeige und 12 Betroffene müssten mit einem Fahrverbot rechnen. Man habe den Blitzler bislang an 4 Standorten aufgebaut und werde ihn an einigen der betroffenen Standorte erneut aufbauen. Unter anderem sei er an der so genannten Kauflandkreuzung aufgestellt gewesen, die von vielen Seiten als gefährlich beschrieben werde. Das Gerät habe dort 11 Tage gestanden und insgesamt 90 Verfahren zur Folge gehabt. Zum Vergleich: im Bereich der SHG-Klinik habe das Gerät 13 Tage gestanden mit 1.827 Verfahren. Das zeige, dass die tatsächlichen Gefahrenpunkte nicht immer mit den gefühlten Gefahrenpunkten übereinstimmten. Dies zeigten auch verdeckte Messungen, die auf Eingaben von Bürgern, es werde in der Straße gerast, durchgeführt würden. Ein Beispiel sei Brotdorf, wo eine Umleitung um den Ort herum gegangen, aber faktisch durch den Ort gelaufen sei. Es sei dort die Rede von 100 km/h gewesen, auch in der Mettlacher Straße. Man habe auch dort stationär zu verschiedenen Zeiten gemessen. Es sei lediglich ein Fahrer mit der Höchstgeschwindigkeit von 54 km/h geblitzt worden. Es sei die einzige Messung über 50 km/h gewesen, in einer 30er Zone.

Der Vorsitzende ergänzt, dass der Hintergrund für die Testung über 2 Monate sei, dass man im Stadtrat vor einiger Zeit darüber gesprochen habe, zusätzliche fest installierte Blitzer aufzustellen. Für die Stadt sei es wichtig gewesen, mit einer mobilen Messstation über einen längeren Zeitraum klare Zahlen und Fakten zu haben. So, dass man dem Rat danach einen konkreten Vorschlag machen könne. Es habe etwas gedauert, da es in der Corona-Phase keinen Sinn gemacht hätte aufgrund des niedrigeren Verkehrsaufkommens.

Fraktionsvorsitzender Borger (Grüne) fügt hinzu, er habe aus der Mühlenstraße in Besseringen immer wieder Hinweise bekommen, dass dort sehr schnell gefahren werde. Dort habe die Stadt wohl schon gemessen und dargelegt, dass es tatsächlich so sei, dass dort zu schnell gefahren wäre. Sollte dem so sein, wäre es vielleicht eine Möglichkeit, den Panzerblitzer dort mal aufzustellen.

Der Vorsitzende bestätigt, dass man sich die Zahlen zur betreffenden Straße anschauen würde.

Fraktionsvorsitzender Hackenberger (DIE LINKE) weist auf die Situation „Am Werthchen“ hin. Dies sei eine Spielstraße, in der 7 km/h gefahren werden dürfte. Seiner Erfahrung nach fahre man dort 30 bis 50 km/h. Es sei schon für Erwachsene gefährlich, über die Straße zu gehen. Für Kinder sei es, obwohl es eine Spielstraße sei, lebensgefährlich. Dort könne man auch vielleicht mal blitzen. Oder die Stadt müsse sagen, dass es keine Spielstraße mehr sein solle.

Der Vorsitzende sagt zu, dass man das aufgreife.

Fraktionsvorsitzender Morbe (Freie Wähler Merzig/FDP) fragt nach den Radwegen direkt um die Kauflandkreuzung. Dort sei nun alles abgesperrt wegen dem Oktoberfest und er frage sich, ob die Wege noch breit genug seien oder ob die Fahrradfahrer auf der Straße fahren müssten.

Der Vorsitzende erklärt, dass man das prüfe.